

**Naturschutz am falschen Platz**

Luxemburgs Regierungen verstehen nichts von Naturschutz. Der "Mouvement écologique" (Méco) stellte in der vergangenen Woche eine ganz Liste mit Verfehlungen der Schwarz-Blauen auf. Aber erst angesichts übelster Tierquälerei auf einem Friesinger Hof gelangte der Naturschutz wieder ins öffentliche Gespräch. Bei den Koalitionsgesprächen von CSV und LSAP dreht es sich dagegen primär um Wirtschaft und Außenpolitik. "Seit 20 Jahren behandeln Luxemburger Regierungen den Naturschutz stiefkindlich", sagt Méco-Präsidentin Blanche Weber. Der Friesinger Tierskandal sei dafür das beste Beispiel.

Ein Skandal im Skandal ist die "ökologische Lösung" für den Bau der Saar-Autobahn. Die alte Regierung hatte entschieden, als Ausgleich für den Schaden schottische Hochland-Rinder in Luxemburg, anzusiedeln. Und das ausgerechnet in Zusammenarbeit mit dem Friesinger Skandalbetrieb, der nicht einmal seinen normalen Viehbestand ordentlich unterhalten konnte. Das ist "eine Vergeudung öffentlicher Gelder", erklärt der Mouvement in einer Pressemitteilung.

Rinder und Einzäunung, Fangeinrichtung und ein Weg entlang dem Wiesenbering zahlt der Fonds des Routes, ebenso wie eine Abfindung für den Landwirt, dessen Fläche nun zehn Jahr extensiv beweidet wird. Méco-Mitarbeiter Roger Schauls stellt vor allem den Zuschuss von 25.000 Euro in zehn Jahren für den Bauern in Frage. Laut Straßenbauverwaltung entspräche er im Ganzen der Summe der Landwirtschaftspflegeprämie, der landwirtschaftlichen Ausgleichszahlung für benachteiligte Regionen sowie der Biodiversitätsprämie.

**Außerparlamentarische Alternative**

Auch wenn Déi Lénk nach den Wahlen vom 13. Juni nicht mehr im Parlament vertreten ist: "Die Zahl der militanten Kräfte nimmt zu", stellte Justin Turpel vergangene Woche bei einer Pressekonferenz fest. Allerdings lasse sich dies nicht an der Zahl der Mitglieder messen. Und der Escher Schöffe André Hoffmann sagte: "Es kommt nicht auf das politische Gewicht, sondern auf die Qualität der Argumente an." An die neue Regierungskoalition richtet Déi Lénk gleich einen Acht-Punkte-Katalog: Darin fordert sie den Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen, die Verbesserung des öffentlichen Transports, eine Diskussion über eine Solidaritätssteuer auf Betriebsgewinnen und ein Nein zum derzeitigen Entwurf der EU-Verfassung. Darüber hinaus verlangt sie von der künftigen Regierung, die öffentlichen Schulen nicht zu privatisieren, massiv Wohnungen zu bauen und den Mieterschutz über den Schutz der Hausbesitzer zu stellen. Déi Lénk tritt zudem für kürzere Arbeitszeiten ein - gegen den derzeitigen europäischen Trend - und verlangt "die Wiederherstellung demokratischer Rechte in Luxemburg". Von einer CSV-LSAP-Koalition erwartet Déi Lénk nicht mehr als eine Fortsetzung der neoliberalen Politik der Vorgängerregierung. Nicht zuletzt deshalb brauche Luxemburg eine linke Alternative, so Justin Turpel.

**Gerichtsurteil sprengt Reviersystem**

KeinE GrundstücksbesitzerIn kann gezwungen werden, Mitglied in einem Jagdsyndikat zu werden und seinen/ihren Besitz für die Ausübung der Jagd zur Verfügung zu stellen. Dies hat in letzter Instanz das Verwaltungsgericht am 13. Juli entschieden. Auf Anregung von Déi Gréng hatte eine Viandener Bürgerin sich geweigert, ihr Grundstück einem Jagdlos einzuverleiben zu lassen. Das Urteil verweist auf einen ähnlichen Fall in Frankreich, in dem der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte gegen die JägerInnen entschieden hatte. Auch das luxemburgische Gericht befand, das Eigentumsrecht wiege schwerer als das von den JägerInnen geltend gemachte Allgemeininteresse an einer ungehinderten Ausübung der Jagd. Weil dieses Urteil das Luxemburger Reviersystem grundlegend in Frage stellt, erneuern Déi Gréng ihre Forderung nach einer tiefgreifenden Reform des Jagdgesetzes.

**PÄDOPHILE**

# Coup de poing

**Bei einer spektakulären Aktion hat die luxemburgische Polizei 16 Personen festgenommen, die im Besitz von Kinderpornos waren. Die Pädophilenringe sind den Ermittlern jedoch meistens einen Schritt voraus.**

Ein großer Fang für die Polizei: Ein ganzes Arsenal von Laptops und Computern, verteilt auf mehrere Tische, präsentierten die Luxemburger Polizei und Staatsanwaltschaft am vergangenen Freitag den JournalistInnen. Die Jugendschutz-Abteilung des "Service de Police judiciaire" hatte in den vergangenen Wochen 16 Personen festgenommen, die im Verdacht stehen, sich über das Internet Zugang zu Websites mit kinderpornographischem Inhalt verschafft zu haben. Bei Hausdurchsuchungen waren 20 Laptops und 30 Computer sichergestellt worden, darüber hinaus etliche Videokassetten, CD-Roms und DVDs. Insgesamt sollen es rund 300.000 kinderpornographische Bilder sein.

Nach Polizei-Informationen war ein Hinweis auf die Verdächtigen aus den USA gekommen. "Es handelt sich nicht um einen Pädophilenring, sondern um Konsumenten, also nicht um Hersteller von Kinderpornos", sagt Carlo Reeff von der Jugendschutz-Abteilung gegenüber der wox. Aber allein schon der Besitz solcher Materials ist laut Artikel 384 des Strafgesetzbuches strafbar. Wer im Besitz solcher Filme, Bilder oder Schriften ist, kann mit einer Geldstrafe bis 12.500 Euro oder mit Gefängnis zwischen zwei und 24 Monaten bestraft werden. Die Verdächtigen, die tags darauf aus der Untersuchungshaft entlassen wurden, sind laut Mitteilung der Polizei größtenteils LuxemburgerInnen. Ein eindeutiges Täterprofil gebe es aber nicht, betont Reeff. Die Festgenommenen kommen aus unterschiedlichen sozialen

Milieus. Die große Mehrheit sei männlich.

Dass Luxemburg keine Insel ist und nicht von Pädophilen verschont bleibt, wie Carlo Reeff betont, bewies vor kurzem ebenso eine internationale Fahndungsaktion unter dem Decknamen "Landslide". Dabei wurden in den vergangenen beiden Jahren in Luxemburg 22 Wohnungen durchsucht. Auch damals hatte die Polizei eine große Menge von Beweismaterial gefunden. Einer der spektakulärsten Fälle von Pädophilie in Luxemburg ereignete sich im vergangenen Jahr, als man auf dem Computer eines Angestellten der Chamber Kinderpornos gefunden hatte. Auf dem Bildmaterial war der Verdächtige selbst zu sehen, wie er sich an Kindern verging. Die Ermittlungen laufen noch. Mittlerweile sei der Beschuldigte gegen Kautions aus der Untersuchungshaft entlassen worden, teilte die Staatsanwaltschaft mit. Dies war jedoch kein Einzelfall: Im Großherzogtum gab es vom Januar 2003 bis Februar 2004 sechs Verurteilungen wegen Pädophilie.

**Aktion "Bobby"**

Für Aufsehen sorgte im vergangenen Jahr auch ein Prozess in Trier: Das dortige Amtsgericht verurteilte zwei Mitglieder der Pädophilengruppe "Krumme 13" wegen Verbreitung kinderpornografischer Schriften. Einer der beiden Männer, ein ehemaliger Beamter des Bundesgrenzschutzes, war im September 1996 auf einem Campingplatz in Esch/Alzette festgenommen worden. Die

Polizei hatte damals rund hundert Videos mit Kinderpornos sichergestellt. Der Pädophile wurde im Großherzogtum zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Später gründete er in Deutschland die "Krumme 13".

Derweil laufen bei der Telefon-Hotline der Polizei die Drähte heiß: Unter der Rufnummer 12321 können sich Kinder oder Erwachsene melden, die einen Fall beobachtet haben. "Die meisten Anrufe sind nur zum Jux, aber es sind auch ernst zu nehmende Fälle darunter", sagt Carlo Reeff und fügt hinzu: "Dann ermitteln wir." Wer im Internet eine Website mit dubiosem Inhalt findet, kann es der Polizei direkt melden. Unter der Aktion, die nach dem Maskottchen Bobby benannt ist, findet man dafür ein Meldeformular.

Die Jugendschutzabteilung der Polizei gibt es seit 1996. "Unabhängig von dem Fall Dutroux", betont Reeff. Seit der Affäre um den belgischen Kinderschänder hat sich jedoch das Anzeigenverhalten geändert. Auch der Personalstand der Jugendschützer bei der Polizei hat sich von anfangs drei auf sechseinhalb Stellen erhöht. "Der Fall Dutroux hat die Gesellschaft enorm für die Themen Kindesmissbrauch und Pädophilie sensibilisiert", sagt Freddy Dewille vom "Observatoire citoyen", einer belgischen Organisation, die für die lückenlose Aufklärung der Dutroux-Affäre kämpft. In Belgien gründete der Vater eines Dutroux-Opfers 1998 "Child Focus", die im vergangenen Jahr 2.954 Fällen nachgegangen ist. Dabei hilft die Organisation bei der Suche von verschwundenen Kindern und kämpft gegen Kinderhandel. Darüber hinaus startete "Child Focus" 2002 ein Projekt gegen Kinderpornografie im Internet.

Während die Polizei über Interpol mittlerweile weltweit beim Kampf gegen Pädophilie zusammenarbeitet, ist die Kooperation der Hilfsorganisationen noch verhältnismäßig jung. "Wir haben erst vor kurzem Kontakt mit 'Child Focus' aufgenommen", sagt Jerome Braun, Geschäftsführer der deutschen Stiftung "Hänsel & Gretel", die sich den Opfern von Kindesmissbrauch widmet. Besonders "Child Focus" ist um eine internationale Zusammenarbeit bemüht - und ist sich dabei bewusst, dass die Kinderpornohändler und Pädophilenringe immer um einen Schritt voraus sind.

So gelingt es den Ermittlern bei einem spektakulären "coup de poing" wie vergangene Woche in Luxemburg, nur einen Bruchteil derer aufzuspüren, die in dem schmutzigen Geschäft tätig sind. "Zumindest hat eine solche Aktion abschreckende Wirkung", sagt Carlo Reeff und fügt hinzu: "Sowieso kommen die meisten Fälle von Kindesmissbrauch innerhalb der Familie oder des Bekanntenkreises vor. Vom Bild des fremden Mannes im schwarzen Mantel müssen wir uns endgültig verabschieden."

**Stefan Kunzmann**



Unter der Rufnummer 12321 können Missbrauchfälle gemeldet werden.

(Illustration: Polizei)